Hauptabteilung Politik und Beratung

Berlin, Mai 2015

Konrad Adenauer Stiftung

Bürgerschaftswahl Bremen

Bürgerschaftswahl in Bremen

am 10. Mai 2015

Wahlanalyse

vorläufiges Endergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung /
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

Die Bürgerschaftswahl[1] in Bremen 2015[2] (Ergebnisse auf der Basis der vorläufigen Auszählung![3])

Vor dem Hintergrund eines vermeintlich gelaufenen Rennens[4], war der Wahlkampf in Bremen wenig konfrontativ und polarisierend. Zudem war er trotz drängender Probleme eher themenarm. Größere Skandale verschonten zudem die Stadt, sodass nur die in Bremen seit langem gärenden Themen Verschuldung, Bildung und Armut auf der Agenda standen. Ohne Wechselstimmung und ohne Wechselwunsch sank die Wahlbeteiligung auf 50 Prozent (-5,5 Punkte). Bei keinem der Themen trauten die Bremer einer Partei jedoch mehrheitlich die Lösung zu, sodass die Motivation, zur Wahl zu gehen, eher dürftig ausfiel.

Seit 1947 wird Bremen ununterbrochen von SPD-Bürgermeistern regiert, wenn auch in unterschiedlichen Koalitionen und einer langen Phase einer SPD-Alleinregierung (1971-1991). Doch sind die „goldenen“ Zeiten der SPD in Bremen schon lange vorüber, auch wenn die SPD den Eindruck hinterließ, nichts könnte an ihrer Macht rütteln. Bereits 1995 lagen CDU und SPD fast gleich auf und auch bei den letzten beiden Wahlen schnitt die SPD unter 40 Prozent ab. Die SPD wird voraussichtlich mit 32,9 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Wahlgeschichte erhalten. Sie verliert 5,7 Punkte und voraussichtlich 6 Mandate. Sie wird voraussichtlich 30 Mandate erhalten. Gemeinsam mit den Verlusten des Koalitionspartners büßt die Koalition ca. 13 Punkte ein und verfügt nur

[1] Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

[2] Vorläufiges amtliches Endergebnis. Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.
Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Bürgerschaftswahl 2011. Da die Wählerströme gelegentlich sehr klein ausfallen, werden hier nur die größten Bewegungen berichtet. Genaue Angaben befinden sich im Anhang.

[3] Die Wähler haben 5 Stimmen, mit denen sie kumulieren und panaschieren können. Das Wahlalter liegt bei 16 Jahren.

[4] Am 11. Mai 2015 (also direkt nach der Wahl) ist Jens Böhrnsen zurückgetreten.

noch über eine knappe Mehrheit in der Bürgerschaft. Neben situativen Faktoren zeigt sich im Vorfeld der Wahl, dass die Zufriedenheit mit der Senatsarbeit recht bescheiden ausfällt. Vor der Wahl zeigen sich 41 Prozent der Bremer zufrieden. Ein Wert, der im Vergleich zu anderen Bundesländern im unteren Bereich anzusiedeln ist. Die Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg kommt auf einen Wert von 63 Prozent. Doch ist die Unzufriedenheit mit der Landesregierung keine aktuelle Entwicklung, sondern ist seit einem guten Jahrzehnt vorhanden (Infratest dimap). In Bremen zeigt sich jedoch auch, dass trotz aller Tendenzen zur personalisierten Wahl, den Wahlergebnissen Grenzen gesetzt werden. Zwar zählt Jens Böhrnsen mit einem Zufriedenheitswert von 63 Prozent zu den sehr angesehenen Ministerpräsidenten, doch konnte er einen Absturz seiner Partei damit nicht verhindern, vielleicht jedoch abfedern (Infratest dimap). Allerdings hat sich die Bewertung des Amtsinhabers gegenüber der Vorwahl eingetrübt. 2011 kam er auf einen Wert von 2,6; bei dieser Wahl erreichte er 2,1 (Forschungsgruppe Wahlen, gemessen anhand einer von +5 bis -5 reichenden Skala).

Die SPD hat trotz ihrer dominanten Position im Bremer Parteiensystem recht bescheidene Werte in den Problemlösungskompetenzen. Zwar wird sie als die Partei gesehen, die für soziale Gerechtigkeit sorgt und Arbeitsplätze schafft und sichert, doch in den anderen Themen liegt die CDU in der Problemlösungskompetenz etwa gleich auf. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wird die SPD von 39 Prozent genannt; die CDU von 36 Prozent. Bei der Haushalts- und Finanzpolitik und der Verbrechensbekämpfung liegen beide Parteien mit etwa 30 Prozent gleichauf und bei der Schul- und Bildungspolitik sowie der Verkehrspolitik ist der Vorsprung verschwindend gering (Infratest dimap). Nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen hat die CDU die SPD im Bereich Finanzen überholt. Hier trauen 29 Prozent der CDU zu, dieses Problem zu lösen. Die SPD kommt auf 22 Prozent.

Für die CDU ist Bremen, was für die SPD Bayern ist. Sie geht (normalerweise) als Zweiter durchs Ziel. Von 1995 bis 2007 regierte sie gemeinsam mit der SPD in einer Großen Koalition, doch scheint die SPD derzeit lieber einen knappen Vorsprung für Rot-Grün zu akzeptieren, als einen Wechsel des Koalitionspartners in Betracht zu ziehen. Dabei sind die Koalitionspräferenzen relativ ausgeglichen: 45 Prozent sprechen sich für Rot-Grün und 40 Prozent für eine Große Koalition aus (Forschungsgruppe Wahlen). Obwohl die CDU bei den Parteikompetenzen sich fast auf Augenhöhe mit der SPD befindet und ihr vor allem wirtschaftliche Kompetenzen zugeschrieben werden, konnte sie dieses Plus noch nicht in größerem Maß in Wählerstimmen ummünzen. Doch zeigt sich, dass die Vormachtposition der SPD Risse bekommen hat. Dies spiegelt sich in der Einschätzung wider, welche Partei die Probleme in der Zukunft am besten lösen könnte. Lag die SPD 2011 noch 20 Punkte vor der CDU, ist der Vorsprung bei dieser Wahl auf 10 Punkte zusammengeschmolzen. Dennoch sind die Imagewerte der CDU in Bremen im negativen Bereich (Forschungsgruppe Wahlen).

Nachdem bei der Vorwahl die Grünen mit einem besonders guten Wahlergebnis aufwarten konnten, ist es der CDU jetzt wieder gelungen, die Nummer zwei zu werden. Sie gewinnt 2,2 Punkte hinzu und erhält 22,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Mandatszahl bleibt mit 20 voraussichtlich gleich.

In Bremen hatten die oppositionellen Gegenkandidaten der Vormachtstellung des SPD-Bürgermeisters noch nie etwas entgegenzusetzen. Der SPD-Bürgermeister zog übrigens (fast) immer als Amtsinhaber in den Wahlkampf. Insofern überrascht der Zufriedenheitswert der CDU-Spitzenkandidatin Elisabeth Motschmann von 16 Prozent auch nicht weiter, zudem sie Bundestagsabgeordnete ist und daher auch über einen geringeren Bekanntheitsgrad verfüget. (Infratest dimap).

Die Grünen sind – wie erwartet – der Verlierer der Wahl. Sie büßen 7,2 Punkte ein und kommen auf 15,3 Prozent. Statt 21 werden die Grünen noch 14 Abgeordnete entsenden. Doch ist dies für die Partei ein eher „normales“ Ergebnis, da sie bei der Vorwahl 2011 – wie bei allen Wahlen 2011 – „Spitzenergebnisse“ einfahren konnten, es sogar in Baden-Württemberg zum ersten grünen Ministerpräsidenten kam. Doch ist das grünenfreundliche Begleitklima, das durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima ausgelöst wurde, nicht wiederholbar. Dennoch gibt es auch einige Punkte in Bremen, die deutlich machen, dass auch hausgemachte Probleme zum Wahlergebnis der Grünen beitrugen. Eintrübungen gibt es zum einen bei der Spitzenkandidatin Karoline Linnert. 2011 kam sie auf der Sympathieskala auf einen Wert von 1,5; 2015 auf 0,9 (Forschungsgruppe Wahlen). Im Bereich Schule/Bildung haben die Grünen 2015 mit 11 Prozent gegenüber 2011, als ihnen von 19 Prozent Kompetenzen zugesprochen wurden, Einbußen zu verzeichnen. Und auch im Finanzbereich, immerhin mit einer Senatorin vertreten, stagnieren sie bei 10 Prozent. Auch im Verkehrsressort können sie von der Verantwortung nicht profitieren und verlieren gegenüber 2011 4 Punkte (Forschungsgruppe Wahlen).

Die FDP gehört zu den Gewinnern der Wahl. Bremen war für die Partei schon immer ein schweres Pflaster und bereits dreimal war sie nicht in der Bürgerschaft vertreten. Sie kann 4,1 Punkte hinzugewinnen, erreicht 6,5 Prozent und wird 6 Sitze erhalten. Nach dem, was an Daten vorliegt, scheint der Wahlerfolg vor allem auf die Personalisierungsstrategie zurückzuführen sein. Während die Partei wie 2011 mit -1,4 über kein positives Image verfügt, kann die Spitzenkandidatin Lencke Steiner insbesondere in den eigenen Reihen mit einem Wert 2,6 auf große Akzeptanz bauen. Die CDU-Spitzenkandidatin hatte in den eigenen Reihen einen Wert von 2,2 (Forschungsgruppe Wahlen). Ein Themenprofil ist für die Partei hingegen nicht auszumachen (Infratest dimap).

Die Linke hat mit 9,2 Prozent ihr bislang bestes Wahlergebnis erreicht (+3,6 Punkte) und wird mit 8 Sitzen vertreten sein. Sie kann lediglich im Bereich der sozialen Gerechtigkeit mit einem Anteil von 12 Prozent ein schwaches Kompetenzprofil vorweisen, das sich jedoch gegenüber der Vorwahl nicht verbessert hat. Mit der Arbeit der Spitzenkandidatin Kristina Vogt äußern sich 15 Prozent zufrieden, auch das ein Wert, der den Zuwachs nicht erklärt. Doch hat die Partei in der letzten Legislaturperiode ihre innerparteiliche Zerstrittenheit weitgehend nivelliert.

In Bremen gibt es schon seit Anfang der 1990er Jahre viel Platz im Parteiensystem für „sonstige“ Parteien. Zunächst profitierte die DVU und dann 1995 die Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven, die mit 10,7 Prozent in die Bürgerschaft einzog. Die DVU konnte 1987, 1999, 2003 und 2007 einen Abgeordneten aus Bremerhaven entsenden (1991 übersprang die DVU auch in Bremen die 5-Proeznt-Hürde).

Die Bürger in Wut sind seit 2007 mit einem Mandat in der Bürgerschaft vertreten. In der vergangenen Legislaturperiode sind sie aufgrund eines von der SPD ausgeschlossenen Mitglieds auf zwei Abgeordnete angewachsen, doch dürften sie im neuen Parlament erneut wieder mit einem Abgeordneten vertreten sein. Die BIW profitiert, wie zuvor die DVU, von der in den Stadtteilen Bremen und Bremerhaven separat geltenden 5-Prozent-Hürde.

Die AfD kann mit 5,3 Prozent in das Parlament einziehen und vier Abgeordnete entsenden. Auch sie dürfte, wie bei den anderen Wahlen, von diffusem Protest profitieren. Die Vorwahlumfragen liefern wenig konkrete Argumente für den Einzug. Die Anhänger der BIW und der AfD neigen stärker zu der Einstellung, dass Bremen die Aufnahme der vielen Flüchtlinge nicht verkraften kann (Durchschnitt 51 Prozent; BIW 79 Prozent; AfD 67 Prozent). Hingegen bewerten sie die sozialen Probleme

der Stadt schwächer als die Anhänger anderer Parteien (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den Wählerwanderungsbilanzen gibt es insgesamt kaum relevante Ströme. Daher werden nur die wichtigsten und somit größten Bewegungen dargestellt. Die SPD verliert 8.000 Stimmen an die Nichtwähler und 6.000 an die CDU. 7.500 ehemalige Grünen-Wähler bleiben den Urnen fern, weitere 4.500 votieren für die Linke. Die CDU gewinnt von der SPD 6.000 Stimmen, gibt 3.500 an das Nichtwählerlager, 2.500 an die FDP und 2.000 an die AfD ab. Die Linke profitiert von den Grünen (+4.500) und der SPD (+1.500). Die FDP erhält von der CDU 2.500 und 2.000 Wähler von der SPD. Entgegen dem Trend kann sie auch ehemalige Nichtwähler mobilisieren (+500). Die AfD erhält von der CDU 2.000 Stimmen, von den Nichtwählern 1.500 und jeweils 1.000 von der SPD und den Grünen.

Auch sozialstrukturell zeichnen sich im Großen und Ganzen bekannte Strukturen ab. Ältere Wähler haben CDU und SPD überdurchschnittlich unterstützt, jüngere (vor allem weibliche Wähler) die Grünen. Die SPD hat bei Wählern mit niedrigem Bildungsniveau den stärksten Rückhalt. Die Linke findet – gegen normale Trends – eher bei Wählern mit hohem Bildungsniveau Rückhalt als bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau. Dies korrespondiert mit starken Zugewinnen bei Beamten und Selbstständigen, kurzum in typischen Grünen-Milieus, bei denen die Grünen auch starke Verluste haben. Dennoch kann die Linke auch bei Arbeitslosen überdurchschnittlich gut abschneiden, scheint also zwei recht heterogene Wählerschaften angesprochen zu haben. Die Partei der Arbeiter ist sie aber nicht; da hat die SPD bei nur geringen Verlusten die Nase deutlich vorn. Die AfD-Wähler weisen kaum besondere Merkmale auf. Am schlechtesten schneidet die AfD bei älteren Wählerinnen und bei Wählern mit einem hohen Bildungsniveau (FH/Universität) ab. Männer unterstützen die Partei häufiger als Frauen.